Title-Stadtverordnung — Rechtsnachfolge bei der Gebietsreform —

Von Rechtsforscher Dr. Bernhard Stüer, Münster


1. Namens- und Bezeichnungsrecht in § 10 GO NW

Die Berechtigung der Gemeinde, die Bezeichnung Stadt zu führen, könnte sich aus § 10 GO NW erge- ben, der zwischen der Namensführung einer Stadt (§ 10 GO NW) und der Bezeichnung „Stadt“ (§ 10 II GO NW) Unterschiede.

1. Namensrecht

Nach § 10 I GO NW führen die Gemeinden ihren bisherigen Namen fest, für die Änderung von Gemein- denamen ist gem. § 10 I 2 GO NW der Innenminister des Landes NW zuständig, der nach Anhörung der Gemeinde den Gemeindename ändern kann.

Der Name einer Gemeinde ist in entsprechender Anordnung des § 12 BGB als sog. Persönlichkeitsrecht geschützt, das der Gemeinde als Körperschaft des öffentlichen Rechts zusteht.1 Danach steht der Ge- meindename — abseits wie der Name einer natürli- chen Person — unter dem zivilrechtlichen Schutz des § 12 BGB. Einerseits können die Gemeinden gem. § 12 BGB bei mißbräuchlicher Verwendung das Ge- meindennamen oder sonstigen Seelenhärtungen Bedeutung zurechtklagen.2 Sind andere oder Gemeinde auf Unterlassung klagen. Bei schuldhafter Verletzung des als sonstiger Recht in s. § 831 I BGB anerkannten allgemeinen Persönlichkeitsrechts kann die Gemeinde eine Schadenersatzanspruch auf § 831 I BGB unterstreiten.3 Andererseits gewährt § 19 GO NW aber auch eine „öffentliche-rechtliche Persön- lichkeitsrechte der Gemeinde, den eigenen Namen zu führen. Dies folgt aus der analogen Anordnung des § 12 BGB im öffentlichen Recht, der § 100 GO NR ge- zählt und damit Bestandteil der landesrechtlichen Norm wird.4 Aus dem öffentlichen-rechtlichen Persön- lichkeitsrechts folgt, dass alle Behörden den jeweils geltenden amtlichen Namen der Gemeinde richtig und vollständig wiederzugeben haben.

2. Stadtrecht

In § 10 II GO NW sind die Stadtrechte angespro- chen. Nach dieser Vorschrift führen diejenigen Ge- meinden das Bezeichnungsrecht „Stadt“, denen

1 Dies Ausführungen basieren auf einem Rechtsaufsatz, den der Ver- fasser im Auftrag der Gemeinde Kreis erarbeitet hat.

2 § 19 Gemeindeordnung des Landes NR in der Fassung der Bekannt- heitserklärung vom 1. 1. 1985 der Rheinland-Pfalz, der als Gemeinde führen These, bisherigen Namen. Der Innenminister kann nach Anhörung der Gemeinde den Gemeindename ändern. Die Änderung des Gemeindennamens bei der Gemeinde und Gemeinde, diese Bezeich- 

3 Vgl. dazu OTTO SONNEMANN, Gemeinde-, Güter-, Tübinger 1982, S. 82; HANS KOEHLER, Geschichtsvergleichende Rechts-, Tübinger 1980, S. 120 ff. (Verfassungen der Gärten des Rheinlandes); O. E. KOPP, Stadtrechtsverwaltung bei der Gemeinde, ein Beitrag zur Frage der Gewährung des Persönlichkeitsrechts für die Gemeinden, diese Bezeich- 

4 Vgl. dazu OTTO SONNEMANN, Gemeinde-, Güter-, Tübinger 1982, S. 82; HANS KOEHLER, Geschichtsvergleichende Rechts-, Tübinger 1980, S. 120 ff. (Verfassungen der Gärten des Rheinlandes); O. E. KOPP, Stadtrechtsverwaltung bei der Gemeinde, ein Beitrag zur Frage der Gewährung des Persönlichkeitsrechts für die Gemeinden, diese Bezeich- 

5 Vgl. dazu OTTO SONNEMANN, Gemeinde-, Güter-, Tübinger 1982, S. 82; HANS KOEHLER, Geschichtsvergleichende Rechts-, Tübinger 1980, S. 120 ff. (Verfassungen der Gärten des Rheinlandes); O. E. KOPP, Stadtrechtsverwaltung bei der Gemeinde, ein Beitrag zur Frage der Gewährung des Persönlichkeitsrechts für die Gemeinden, diese Bezeich-
denen auf Antrag von der Landesregierung die Bezeichnung „Stadt“ verliehen wird.

Außerdem ist der Kreis der zur Führung der Bezeichnung „Stadt“ berechtigten Geltendmachung durch das Erste Gesetz zur Funktionsnormalisierung (1. FG) 1 dahingehend erweitert worden, daß die Bezeichnung „Stadt“ von Gemeinden geführt werden darf, die von der Landesregierung (II) oder III. ObNW in den Kreis der Mittelnkreis angemeldeten Städte einbezogen worden sind. Diese Städte führen die Bezeichnung unabhängig von der künftigen Einwohnerentwicklung fort (§ 10 I 2 HS 2 GO NW).


II. Die Titularstädte im Spiegel der Geschichte


1. Die Entstehung der Städte

Hinsichtlich der Entstehung der Städte kann man zwei Gruppen unterscheiden:

- Städte, die sich allmählich entwickelt haben. Dazu gehören die ältesten Römerstädtchen wie Straßburg, Augsburg oder Köln.
- Städte, die sich nach den Grundsätzen der Ganzzeitungsführer und der Wahllive-Schule entwickelt haben. Dazu gehören die ältesten Römerstädtchen wie Straßburg, Augsburg oder Köln.

Die Grundlage dafür, daß die Entwicklung der Stadt in Deutschland und in anderen Ländern der Welt, das sich seit den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, war die Pflicht der Stadtplaner und Stadtamtmänner. Dazu gehören die ältesten Römerstädtchen wie Straßburg, Augsburg oder Köln.

Die Entstehung der Stadt geht auf die Entwicklung der Stadt zurück. Die Stadt entwickelt sich aus dem Anwachsen des städtischen Lebens und der städtischen Wirtschaft. Die Stadtentwicklung ist ein Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung, der wirtschaftlichen Veränderungen und der politischen Bewegungen.

3. Gemeindeverfassungsgesetz 1933 und Deutsche Gemeindeordnung 1935

An der Beratung dieser Gemeinden, den Titel „Stadt“ zu führen, änderte sich auch durch das Inkrafttreten des Gemeindeverfassungsgesetzes 1933\(^{16}\) und der Deutschen Gemeindeordnung 1935\(^{17}\) nichts, wie sich aus der ersten\(^{20}\) und zweiten\(^{21}\) Verordnung und der vierten Ausführungsanweisung\(^{22}\) zum Gemeindeverfassungsgesetz sowie den übrigen Begriffen und der Ausführungsbestimmung\(^{23}\) zu § 9 DGO ergibt. Danach durften die Gemeinden den Titel „Stadt“ weiterführen, wenn sie diese Bezeichnung bei Inkrafttreten des Gemeindeverfassungsgesetzes und der DGO berechtigerweise geführt haben. Läßt sich – wie hier angenommen werden soll – aus der Geschichte nachweisen, daß eine Gemeinde seit Jahrhunderten die Bezeichnung „Wiegald“ geführt hat, was der Bezeichnung „Stadt“ gleichkam, so war da - nach berechtigt, diese Bezeichnung auch unter der Geltung der DGO weiterzuführen\(^{24}\).

III. Kein Untergang der Stadtrecht durch Gebietsreform


1. Wiegald-Gemeinde durch Zusammenschluß untergegangen


Ob die Gemeindeorgane zum Zusammenschluß ordnungsgemäß angehört worden sind\(^{27}\), ist unerheblich, da ein möglicher Anhörungsherr für die Rechtswirksamkeit der Neugliederungsentscheidung nach damalem Recht ohne Einfluß war\(^{28}\).

2. Erhöhter Bestandsschutz der Stadtrechte als Indiz für deren Übergang auf die neue Gemeinde

Bei der Frage, ob die Stadtrechte von der durch Zusammenschluß untergegangenen bisherigen Wiegald-Gemeinde auf die neue Gemeinde übergegangen sind, ist von dem Wortlaut der jeweiligen Neugliederungsentscheidung auszugehen. Findet sich dort keine ausdrückliche Regelung, so ist die Frage nach dem Übergang der Stadtrechte durch Auslegung zu beantworten. Für den Rechtsübergang auf die neue Gemeinde könnte sprechen, daß die Bezeichnung „Stadt“ nur bei Vorliegen wichtiger Gründe entzogen werden konnte und die Gemeinden hinsichtlich der von ihr geführten Bezeichnung „Stadt“ einen erhöhten Be- standsschutz hatten. Es soll daher der Frage nachge-
gegangen werden, welche rechtlichen Anforderungen im einzelnen an den Entzug der Stadtverwaltung nach der damaligen Rechtslage geknüpft waren.

2.1 Name, Stadtrecht und Sonderbezeichnung als Benennungsorten

2.2 Die Benennungen im Spannungsfeld von Bestands- und Modernen der Realitätsanpassung für Sonderbezeichnungen
Für die Verleihung und Änderung von Bezeichnungen hat die erste Ausführungsanweisung zu § 9 in Ziff. 2 vorrangig folgende Regelung gegeben: „Die Benennung einer Stadt soll nur solchen Gemeinden neu verliehen werden, die nach struktureller, bildungsmäßiger, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Eigenart der örtlichen Gemeinschaft bestimmten Merkmalen tatsächlich städtisches Gepräge haben. Verleihung dieser Bezeichnung erfolge struktureller Art der Handlungen, so dass die Benennung die Gemeinden von der Städteverwaltung, der Gemeinden in eine zwingende Bedingung wird. Die erste Ausführungsanweisung bestätigt also den Umstand, dass die Bezeichnung einer Stadt nicht nur eine ehrwürdige und ausübende Bedeutung hat, sondern auch erhöhte staatliche Pflichten mit sich bringt."


Die Stadtverwaltungen, daher gesehen, bei diesem Bedeutungsverlust der Gemeinde grundsätzlich ge- schützt (Bestandsschutz), während die Sonderbezeich- nungen an die veränderten Gegenstände anzupas- sen waren (Gebot der Realitätsanpassung). Seit dem 1. FRG sind Sonderbezeichnungen sogar ganz ent- fallen.

2.3 Verleihungsfähige Barrieren für den Entzug der Stadtverwaltungen
Durch die entsprechende Bestandsschutz, mit dem die DGO und die GO-NRW die veralteten Sonderrechte verliehen, erklären sich vor ein verbreitungsfähige- hender Hintergrund, der durch die gemeindebezogene Selbstverwaltung in Art. 127 Weimarer Reichsver- fassung (RW 1919) und Art. 28 ist § 1 GO-NRW gebildet wird.

2.3.1 Unternehmung der Stadtverwaltungen in „Status“ und „Tatbestand“
In der historischen Entwicklung war die Bezeich- nung „Stadt“ Ausdruck einer auf städtischen Privilegien beruhenden städtischen Rechtsstellung, die als „Stadt“ bezeichnet werden kann.

Diese Betreiber von der Stadtverwaltung der Rechts- stellung der Gemeinden mit der Ziel- und nach der Stadtverwaltung der Rechts- stellung der Gemeinden war es die Bezeich-
2.3.2 Rechtsstellungsgarantie und örtliche Gemein-chaft als verfassungsrechtliche Schutzgarantie

Die historisch begründete doppelte Funktion der Stadtrechte als Schutz (Rechtsstellung) und (Titel) (Ehrenbezeichnung) erfüllt durch die gemäß der Verfassung Sachsen-Anhalt über die kommunalen Selbstverwaltungsrechte eine entsprechende Ab- sicherung. Soweit die Bezeichnung "Stadt" historisch mit einer Rechtsstellung verbunden war, wurde sie durch die subjektive Rechtsstellungsgarantie der Gemeindemacht geschützt, die sich aus der Institutionalisierung und die Kommunalverwaltung abzieht.42 Die Stadtrechte als Ehrenbezeichnung verweisen auf die Bedeutung der historisch gewachsenen örtlichen Gemeinschaft und zeigen in dieser Funktion auf den subjektiven Rechtsinstitutionserhalt43 der kommunalen Selbstverwaltung teil. Vor diesem verfassungsrechtlichen Hintergrund erklärt sich, daß § 9 DGO die Stadtrechte mit einem weitgehenden, § 10 GO NW mit einem vollständigen Bestandsschutz versehen.

2.4 Rechtsbarrieren für den Entzug der Stadtrechte

Aus den vorgenannten Gesetzesschriften und dem dargestellten Verfassungsverhältnis ergibt sich, daß einer Gemeinde die Bezeichnung "Stadt" — bereits unter Geltung der DGO — nur entzogen wer-den konnte, wenn hierfür „auch bei Berücksichtigung berechtigter Wünsche der Einwohnerschaft ein zwängendes Bedürfnis“ bestand.44 Diese Rechtsbarrieren sind sehr hoch.45 Aus ihnen dürfte sich zugleich eine erhebliche Begründungs- und Darlegungsflächen46 ergeben, womit die Stadtrechte entzogen werden sollten.


3. Übergang der Stadtrechte durch Rechtsnachfolge

Der Übergang der Stadtrechte durch Rechtsnachfolge ergibt sich bereits aus den Fehlen einer aus- drücklichen gegenteiligen Regelung in der Neugliede- rungsentscheidung des Oberpräsidenten. Derartige Punkte dafür, daß die 1933 entstandene Gemeinde zur Führung der Bezeichnung "Stadt" berechtigt war, so könnten diese Rechte ferner nach den allgemeinen Grundsätzen der Rechtsanfänge auf die damals neu-gebildete Gemeinde übergehen.

3.1 Grundsätze für den Übergang des Rechtsvermögens in öffentlich-rechtliche Rechtspositionen

Der Übergang der Stadtrechte auf eine durch Zusamment auf schließung neugebildeten Gemeinde setzt drei-erlei voraus:

— Die öffentlich-rechtliche Rechtsposition muß im Zeitpunkt des Übergangs bei dem bisherigen Inhaber vorhanden gewesen sein.

— einen wirksamen Nachfolgebescheid ("Einzel- oder Gesamt-Nachfolgebescheid") und
— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öffentlich-rechtlichen Rechtspositionen regelmäßig fehlt, stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang an Rechtsnachfolgebässe für den Übergang zivilrechtlicher Rechtsnachfolge gleich folgt werden kann. Für öffentlich-rechtliche Rechtspositionen ergab sich dadurch allerdings einige Besonderheiten, die eine szenische Übertragung zivilrechtlicher Grundsätze ver

3.2 Nachfolgebescheid: Gesamtnachfolgebescheid als ungeschriebener Rechtsgrundsatz

Die Wiegbold-Gemeinde war bis zu ihrer Auflösung durch die Neugliederungsentscheidung des Oberpräse

— die Nachfolgefähigkeit der öffentlich-rechtlichen Rechtsposition.

Da es an ausdrücklichen gesetzlichen Vorschriften für Art und Umfang der Rechtsnachfolge in öfflich
3.3.2 Die örtliche Gemeinschaft als externes Bezugsobjekt der Stadtrechte

Nach der Ausführungsbestimmung zu § 9 DGO sollte „die Bezeichnung ‘Stadt’ nur solchen Gemeinden neu verliehen werden, die nach Struktur, Siedlungsform, Gebietsausbau, Einwohnerzahl und anderen, die soziale und kulturelle Eigenart der örtlichen Gemeinschaft bestimmenden Merkmalen tatsächlich städtische Gepräge haben.15 Diesen Voraussetzungen enthalten die Verwaltungsvorschriften zu § 10 GO NW.16


3.3.3 Untergangsfeindlichkeit von Status und Titel in Lüdeke der gemeindlichen Selbstverwaltungs-Erbberechtigte

Die Nachtäglichkeit der Stadtrechte bei Maßnahmen der kommunalen Gebietsreform ergibt sich auch aus der verfassungsrechtlich institutionell gesicherten gemeindlichen Beratung. Bei der Übertragung der Stadtrechte folgt daraus ein verfassungsrechtlicher Schutz der Rechtsstellung (Status) und der Ehrenbezeichnung (Titel), die sich aus den Stadtrechten ableiten. Besonders die Ehrenbezeichnung „Stadt“ steht unter einem hohen verfassungsrechtlichen Schutz, da sie als historische Reminiszenz auf die Bedeutung, die geschichtliche Eigenart oder die besonderen Lei- stungen der öffentlich gewachsenen örtlichen Gemeinschaft verweist. Da aber die gemeindliche Selbstverwaltungs-Erbberechtigte die örtliche Gemeinschaft mehr noch als die jeweilige gemeindliche Verwaltungstruktur verfassungsrechtlich schützen will, ist auch die Bezeichnung „Stadt“, die auf Merkmale der örtlichen Gemeinschaft verweist, unter einen besonderen Schutz der Selbstverwaltungs-Erbberechtigte gestellt. Diese verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechen, daß die Bezeichnung „Stadt“ wegen ihres Hinweises auf die historisch gewachsene örtliche Gemeinschaft bei Maßnahmen der kommunalen Gebietsreform nicht untergeht, sondern von dem jeweiligen Rechtsnachfolger und neuen Funktionsträger weitergeführt werden kann.

Die Stadtrechte der Wiebog-Bündige Gemeinde sind da nach durch die damalige Neugliederungsentscheidung nicht erloschen, sondern auf die neugebildeten Gemeinde im Zuge der Rechtsnachfolge übergegangen.

IV. Kein Untergang der Stadtrechte durch Inkrafttreten der GO NW

War aber die 1833 neugliedernde Gemeinde zur Führung der Bezeichnung „Stadt“ berechtigt, so hat diese Rechtslage auch durch das Inkrafttreten der GO NW keine Änderung erfahren.

Nach § 10 I GO NW führen die Bezeichnung „Stadt“ „die Gemeinden, denen diese Bezeichnung nach dem bisherigen Verfahren auf Antrag von der Landesregierung verliehen wird.“ Aus der Wahl des Wortes „denen“ diese Bezeichnung nach dem bisherigen Recht zustellt, folgt, daß die Gemeinde bei Inkrafttreten der GO NW zur Führung der Bezeichnung „Stadt“ berechtigt gewesen sein muß. Ein tatsächlicher Vorbehalt der Bezeichnung ist demgegenüber nicht erforderlich.19

Da aber die Gemeinde bei Inkrafttreten der GO NW zur Führung der Bezeichnung „Stadt“ berechtigt war, bestand diese Berechtigung auch weiterhin fort.

V. Kein Untergang der Stadtrechte durch Verwirklichung

Die Berechtigung der Gemeinde zur Führung der Bezeichnung „Stadt“ ist auch nicht durch Verwirklichung untergegangen.

Die aus dem allgemeinen Rechtsprinzip von Treu und Glauben entwickelten Grundsätze der Verwicklung kommen nur in Betracht, wenn eine Berechtigung trotz Veranlassung zur Rechtsausübung längere Zeit hindurch nicht ausgebürgt worden ist und Umstände die Annahme rechtlicher Berechtigung von seinem Recht keinen Gebrauch mehr machen.20 Verwirklicht den Namen nicht die Gemeinde auf die Vorstellungsvorschriften zu § 10 GO NW, dann bleibt bei einer unbelehrten Ansicht der Gemeinde die Bezeichnung „Stadt“ erhalten. Daß die Bezeichnung „Stadt“ nicht auf Rechtsnachfolger und Personen in den Gemeinden übergeht, ist jedoch der Ausdruck der Schönheit der Verwirklichung. Die Gemeinde ist, vor der Verleihung der Bezeichnung „Stadt“, berechtigt auf die Veranlassung der Verwirklichung bei § 10 II GO zu einer Besonderen Aufmerksamkeit. Allerdings darf die Gemeinde nicht auf die für das Inkrafttreten der GO NW gesetzliche Stadtrechtsgeltung und die öffentlichen Verwaltungsorganen der Gemeinde in dieser Hinsicht nicht ohne weiteres auf die Veranlassung der Personen in den Gemeinden verweisen, die ihrerseits im Rahmen der Verwirklichung der Stadtrechte vorbehalten sind.21

16 Ausführungsvorschriften zu § 9 DGO, abgedruckt bei KEPLER, Wachowschicht. Jg. 2, 150, Verwaltungsrecht V. Vorher.
18 Vgl. zur örtlichen Gemeinschaft WOLFF/WACHOCH (Fortschr, 3), Verwal- tungsrecht, S 68 ff., 71 ff., STORR (Fortschr., Funktionenrechte, 60, 228 ff., m.Nachw.
19 Das Gesetz ist gem. § 159 GO I, d. P., v. 28. 10. 1862 vom 10. 11. 1862 in Kraft getreten.
21 WOLFF/WACHOCH (Fortschr., 45), Verwaltungsrecht, S 37 ff, o. (45) m. Nachr.
wirkung ist jedoch nur möglich hinsichtlich verzichtbarer Rechte. Bei unverzichtbaren Rechten und bei Rechtsverletzungen ist die längere Nichtautübung bedeutungslos.41

Der Nichtgebrauch der Bezeichnung „Stadt“ durch die Gemeinde über längere Zeit führt daher unter dem Gesichtspunkt der Verwirklichung nicht zu einem Rechtsverlust, weil der längerer Nichtausübung hinsichtlich der sich aus den Stadtrechten vormalis ergebenden Rechtsstellung keine Bedeutung zukommt. Soweit die Stadtrechte eine Ehebezeichnung (Titel) enthalten, greifen Gerichtsurteile der Verwirklichung ebenfalls nicht ein, weil die Bezeichnung „Stadt“ lediglich zur Titelübertragung beruflich, nicht jedoch hierzu verpflichtet.

VI. Verfahrensfragen


VII. Zusammenfassung


2. Eine Gemeinde darf gem. § 10 II GO NW die Bezeichnung „Stadt“ führen, wenn diese ihr nach bisherigem Recht zustand.


4. Die Stadtrechte sind auch durch die damalige Neugliederungsentscheidung nicht untergegangen. Zwar hat die zur Führung der Stadtrechte berechtigte ursprüngliche Wiegbold-Gemeinde durch Zusammenschluss mit dem benachbarten Kirchspiel ihre rechtliche Existenz verloren, die Stadtrechte sind jedoch durch Rechtsnachfolge auf die neu gegründete Gemeinde übergegangen.

41 So WOLF/GRASCHA (Foot. 41), Verwaltungsrecht, § 27 II e (2. Jähr).
Die Bezeichnung „Stadt“ an die soziale und kulturelle Eigenart der örtlichen Gemeinschaft anknüpft, ist wie nicht an die Identität der jeweiligen Gemeinde als juristischer Person, sondern an die örtliche Gemeinschaft – verstanden als die Gesamtheit der in einem bestimmten Gebiet lebenden Einwohner – gegeben. 3 Jahrzehnte lang über die Bezeichnung „Stadt“ durch Maßnahmen der kommunalen Gebietsreform nicht untergegangen, sondern fortbestand, müsste auch die Stadtrechtliche auf diese örtliche Gemeinschaft bezogen sein, in der Nachfolgegemeinde einen neuen Rechtssträger bilden.

Die Untergangsfeindlichkeit der Stadtrechtlichen erbricht sich aus der Gründen, dass die gemeindliche Selbstverwaltungsstaats- und die benachbarten Lehnungen der historisch gewachsenen örtlichen Gemeinschaft, auf denen die Ehrenbezeichnung „Stadt“ beruht, im Wechsel der Zeiten sichern würden.


6. Die Stadtrechtlichen sind auch nicht durch Verwirkigung untergegangen, die den Recht zur Führung der Bezeichnung „Stadt“ unverzichtbar ist und die längere Zeit ausblieb, nicht zu einem Rechtsverfall führen.

7. In entsprechender Anwendung von § 100 1 GO NW kann die Gemeinde durch Antrag bei der Landesregierung NW eine Klärung darüber hinnehmen, dass sie zur Führung der Bezeichnung „Stadt“ berechtigt ist.

Verlag Otto Schwartz & Co., 3400 Göttingen

Funktionsreform und kommunale Selbstverwaltung
(Schriftenreihe des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Heft 32)
Von Rechtsanwalt H. Bernhard Stüer, Münster

Stüer, Bernhard, durch zwanzig einzigartige Veröffentlichungen ausgewiesen, stellt mit seiner Arbeit eine große Schatzkammer ein. Die Reihe stellt sich als wirklich unvergleichbarer Kompendium der jüngsten Entwicklung zu seiner entscheidenden juristischen und kommunikationswissenschaftlichen Forderung Reformen und die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung. Die Gemeinde ist in ihrer Entwicklung eine der wichtigsten Anregungen für die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung, nicht nur in Deutschland, sondern der ganzen Welt. Die Gemeinde ist eine der wichtigsten Anregungen für die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung, nicht nur in Deutschland, sondern der ganzen Welt.